



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Josef Seidl, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Innovative Sonderwirtschaftsregionen in Bayern einführen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob es möglich ist, in ausgewählten EFRE-Schwerpunktgebieten (EFRE = Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) in Niederbayern und Oberfranken auf kommunaler Ebene Sonderwirtschaftsregionen (SWR) für die Förderung von bayerischen Start-ups im Bereich Digitales und IT zu schaffen.

Für die Schaffung dieser kommunal begrenzten SWR ist die Anwendung folgender Unterstützungsmaßnahmen und deren Kombination zu prüfen:

- Die Ermöglichung der Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes der relevanten Gemeinden, indem ihnen der notwendige Ausgleich für potenziell entgangene Einnahmen aus dem Staatshaushalt gewährt wird.
- Die Erhöhung des Freibetrags der Gewerbesteuer für Gesellschaften mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaften (GmbH & Co. KG) auf 30.000 Euro.
- Dass Geldgeber von Start-ups ihre Investitionen sofort, komplett und in unbegrenzter Höhe von der Steuer abschreiben können.
- Dass Kapitalerträge steuerlich begünstigt werden, wenn diese direkt in die Start-ups reinvestiert werden.
- Dass die Steuerfreibeträge für die finanzielle Beteiligung von Mitarbeitern der Start-ups auf 3.000 Euro erhöht werden.
- Die Senkung der Stromkosten über die Abschreibungsmöglichkeit der Strom- und CO₂-Steuern.
- Die Vereinfachung bürokratischer Verfahren nach dem Vorbild der nordrhein-westfälischen „Entfesselungspakete“.
- Die Schaffung „regulatorischer Sandkästen“ für Anwendungen in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Quantencomputing und Blockchain.
- Der gezielte Ausbau von digitalen Netzen, insbesondere von FTTP-Anschlüssen.
- Die Planungsbeschleunigung für Verkehrsinfrastrukturen durch integrierte Planungs- und Genehmigungsverfahren, vereinfachte Verfahren für Ersatzneubauten und Erweiterungen sowie Maßnahmengesetze.
- Die aktive Einbeziehung der relevanten Gründerzentren in Niederbayern und Oberfranken.
- Die aktive Einbeziehung der relevanten bayerischen universitären Bildungseinrichtungen, u. a. über das Angebot relevanter Studiengänge und weiterführende Kooperationsmöglichkeiten.

- Gezielte Förderung mit Mitteln des EFRE, der „europäischen territoriale Zusammenarbeit“ (INTERREG), der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), des Zentralen Innovationsprogramms „Mittelstand“ (ZIM), des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), des Programms „WIR! – Wandel durch Innovation in der Region“, des Programms „Regionale unternehmerische Bündnisse für Innovation“ (RUBIN), des Programms „REGION.innovativ“, sowie aller relevanten regionaler Förderprogramme für die gewerbliche Wirtschaft auf Landesebene.
- Gezielte Förderung mit den Mitteln der „Hightech Agenda Plus“ und „BAYERN Digital“ für die Förderung von Start-ups in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Quantencomputing und Blockchain.
- Gezielte Förderung mit den Mitteln des bayerischen Wachstumsfonds Bayern II für die Förderung von Start-ups.

U. a. ist die Konformität dieser Unterstützungsmaßnahmen mit dem EU-Beihilferecht zu prüfen.

Die Staatsregierung wird überdies aufgefordert, dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Digitales, Landesentwicklung und Medien zum nächstmöglichen Zeitpunkt über die Möglichkeit der Schaffung von solchen oder ähnlich ausgestalteten Sonderwirtschaftsregionen in mündlicher Form zu berichten.

Begründung:

Zu den wirtschaftlichen Problemen Bayerns zählen zum einen die regionale Entwicklungsluft und zum anderen die rückläufige Zahl von Unternehmensgründungen, die selbst wiederum Teil der abnehmenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft sind.

So war im Jahr 2019 das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach Kaufkraftparität in Oberfranken und Niederbayern laut Eurostat um über ein Drittel niedriger als in Oberbayern.¹ Und wenn im Zeitraum 2007 bis 2009 noch 46 Prozent (64 Prozent) der deutschen Early Stage (Later Stage) Investitionen in Start-ups in Bayern und Baden-Württemberg getätigt wurden, so waren es zwischen 2016 und 2018 nur noch 28 Prozent (27 Prozent).²

Eine vielversprechende Möglichkeit, private Investitionen und die Zahl der Firmengründungen insbesondere in Zukunftsbranchen wie IT und Digitalisierung zu steigern und gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung strukturschwacher Regionen anzukurbeln, ist die Idee von Sonderwirtschaftsregionen (SWR).

In der EU gibt es ca. 100 SWR, davon 14 in Polen und vier in Spanien. Dass sie mit dem EU-Beihilferecht vereinbar sind, zeigt die Tatsache, dass Italien erst 2018 12 neue SWR geschaffen hat. Mit Steuervorteilen und gut ausgebildeten Fachkräften versucht jetzt auch die griechische Regierung gezielt, Tech-Unternehmen ins Land zu locken. Deutsche IT-Firmen entscheiden sich deshalb vermehrt für Griechenland als Standort.³ Leider wird dieses entwicklungspolitische Instrument in Deutschland noch nicht angewandt. Ministerpräsident Dr. Markus Söder sagte dazu in 2019: „Wir brauchen Sonderwirtschaftsregionen. Auf der ganzen Welt ist das üblich, aber wir trauen uns das nicht.“⁴

Erst im Februar 2021 forderte Staatsminister der Finanzen und für Heimat Albert Föderer Steuervergünstigungen für die Start-up-Szene, darunter die Möglichkeit, etwaige Gewinne von Privatinvestoren von Start-ups steuerlich zu begünstigen, sofern diese wieder investiert würden, sowie die Erhöhung der Steuerfreibeträge für die finanzielle Beteiligung von Mitarbeitern an den Start-ups auf 3.000 Euro.⁵ Berechnungen der Technischen Universität Darmstadt und der Ludwig-Maximilian-Universität München legen nahe, dass eine Steuersenkung der Kapitalertragsteuer auf Wagniskapital um einen Prozentpunkt dazu führt, dass ungefähr 1,4 mehr Startups pro zehn Mio. Einwohnern erstmalig finanziert werden.⁶

Beide Forderungen – nach einer Intensivierung der regionalen Kohäsionspolitik und nach einer besseren Unterstützung der Gründerszene – lassen sich in der Idee vereinen, in bestimmten Gemeinden in Oberfranken und Niederbayern SWR zu schaffen, die verschiedene Steuererleichterungen, Investitionsbeihilfen, Bürokratieabbau, regulatorische Sandboxen und andere Instrumente zur Innovationsförderung anbieten. Das Konzept der SWR und deren regulatorische Ausgestaltung wird u. a. vom IW Köln,⁷ der Stiftung Arbeit und Umwelt, der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)⁸ und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft⁹ vorgeschlagen.

¹ <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-datasets/-/tgs00005>

² Bersch, Johannes; Berger, Marius; Egel, Jürgen (2020): Unternehmensdynamik in der Wissenswirtschaft in Deutschland 2018: Gründungen und Schließungen von Unternehmen, Gründungsdynamik in den Bundesländern, Internationaler Vergleich, Wagniskapital-Investitionen in Deutschland und im internationalen Vergleich, Studien zum deutschen Innovationssystem, No. 3-2020, Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI), Berlin.

³ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/technologie/griechenland-silicon-valley-101.html>

⁴ shorturl.at/enBEQ

⁵ <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/start-ups-bayern-fordert-steuerverguenstigungen-fuer-start-up-szene/26918940>

⁶ <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1111/jsbm.12373>

⁷ <https://www.iwkoeln.de/studien/gutachten/beitrag/klaus-heiner-roehl-roman-bertenrath-tobias-hentze-vorfahrt-fuer-bildung-und-investitionen.html>

⁸ https://www.arbeit-umwelt.de/wp-content/uploads/181207_ig_publicationen_sonderwirtschaftszone_web.pdf

⁹ <https://www.augsburger-allgemeine.de/wirtschaft/Corona-Krise-Was-sich-Bayerns-Wirtschaft-jetzt-von-China-abschauen-moechte-id57415941.html>